



Stadt Eschweiler
Der Bürgermeister
Dezernat I

Vorlagen-Nummer

365/09

1

Sitzungsvorlage

Datum: 20.11.2009

Beratungsfolge			Sitzungsdatum	TOP
1. Vorberatung	Sozial- und Seniorenausschuss	öffentlich	24.11.2009	
2. Vorberatung	Haupt- und Finanzausschuss	öffentlich	09.12.2009	
3. Beschlussfassung	Stadtrat	öffentlich	16.12.2009	
4.				

Reform der Jobcenter - Neuregelung zur Betreuung von Langzeitarbeitslosen

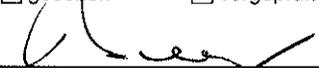
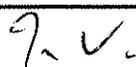
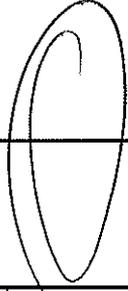
Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Eschweiler fordert die StädteRegion Aachen als kommunalen Träger der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) für die Grundsicherung Arbeitssuchender auf, gegenüber dem Bund und dem Land NRW dafür einzutreten, dass die Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose in den Jobcentern der Arbeitsgemeinschaften erhalten bleibt.

Der im Februar 2009 mit den Ländern gefundene Kompromiss der verfassungsrechtlichen Absicherung des Modells der Arbeitsgemeinschaft und des Optionsmodells muss weiterverfolgt werden.

Zudem darf es keine Einschränkungen für flexible, vor Ort zu steuernde Arbeitsmarktprogramme geben

Darüber hinaus fordert der Rat der Stadt Eschweiler, dass - angesichts der erheblichen Steigerungen der Kosten der Unterkunft - die Struktur der Mitfinanzierung dieser Leistungen nach dem SGB II durch die Kommunen rasch verändert wird, um das ursprüngliche Ziel der Entlastung der Kommunen von Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit zu erreichen.

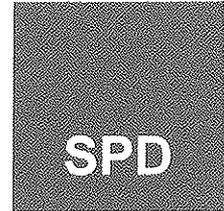
A 14 - Rechnungsprüfungsamt <input checked="" type="checkbox"/> gesehen <input type="checkbox"/> vorgeprüft 		Unterschriften  	
1	2	3	4
<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt
Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis
<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 19.11.2009 (Anlage) beantragt die SPD-Stadtratsfraktion, den Rat der Stadt Eschweiler - nach Vorberatung im Sozial- und Seniorenausschuss sowie Haupt- und Finanzausschuss - den im Entscheidungsvorschlag dargestellten Beschluss fassen zu lassen.

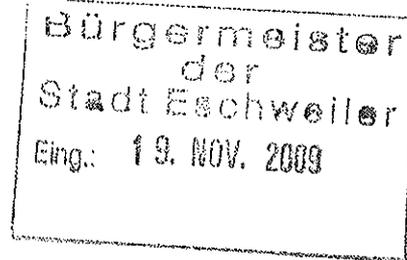
Hinsichtlich der Antragsbegründung wird auf die entsprechenden Ausführungen im beigefügten Schreiben verwiesen.

Anlage



SPD-Fraktion • Johannes-Rau-Platz 1 • D-52249 Eschweiler

An
Herrn
Bürgermeister Rudi Bertram
Johannes-Rau-Platz 1
52249 Eschweiler



SPD
Stadtratsfraktion
Eschweiler
Johannes-Rau-Platz 1
D-52249 Eschweiler
Tel.: 02403/71-408
Fax: 02403/71-514
spd-fraktion@eschweiler.de
www.spd-eschweiler.de

Unser Zeichen Datum
GA/GE 19.11.09

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit bitten wir Sie, folgenden Antrag der SPD-Fraktion für eine Beratung/Beschlussfassung im Sozialausschuss und anschließend im Hufa und Rat einzubringen.

Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler

„Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose muss erhalten bleiben“

Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Eschweiler fordert die StädteRegion Aachen als kommunalen Träger der Arbeits-gemeinschaft (ARGE) für die Grundsicherung Arbeitssuchender auf, gegenüber dem Bund und dem Land dafür einzutreten, dass die Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose in den Jobcentern der Arbeitsgemeinschaften erhalten bleibt. Der im Februar 2009 mit den Ländern gefundene Kompromiss der verfassungsrechtlichen Absicherung des Modells der Arbeitsgemeinschaft und des Optionsmodells muss weiterverfolgt werden. Zudem darf es keine Einschränkungen für flexible, vor Ort zu steuernde Arbeitsmarktprogramme geben. Auch fordern wir angesichts der erheblichen Steigerungen der Kosten der Unterkunft, die Struktur der Mitfinanzierung dieser Leistungen nach dem SGB II durch die Kommunen rasch zu verändern, um das ursprüngliche Ziel der Entlastung der Kommunen von Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit zu erreichen.“

Vorsitzender:
Leo Gehlen
Am Steinacker 9
D-52249 Eschweiler
Tel.: 02403/54401

Geschäftsführerin:
Nicole Dickmeis
Pützlohner Str. 4
D-52249 Eschweiler
Tel.: 02403/979855

Sparkasse Aachen
Kto.: 2250306
BLZ: 39050000

Begründung:

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP sieht eine getrennte Aufgabenwahrnehmung in der Qualifizierung und Unterstützung von Langzeitarbeitslosen vor, die auf Grund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 20.12.2007 ab dem Jahr 2011 vollzogen werden müsste. In dem Koalitionsvertrag heißt es: „Die Koalition will die Aufgabenwahrnehmung und Finanzierung für Langzeitarbeitslose im Sinne der Menschen neu ordnen. (...) Dabei gilt es, die Kompetenz und Erfahrung der Länder und der Kommunen vor Ort sowie der Bundesagentur für Arbeit in getrennter Aufgabenwahrnehmung für die Betreuung und Vermittlung der Langzeitarbeitslosen zu nutzen.“

Die bisher gut funktionierende Kooperation in den Jobcentern der Arbeitsgemeinschaften soll also bis Ende 2010 unterbunden werden. Eine Trennung der Zuständigkeiten von Agentur für Arbeit und der StädteRegion Aachen im Jobcenter würde erheblichen bürokratischen Aufwand erzeugen und hohe Kosten verursachen. Zudem gäbe es umfängliche Umstrukturierungen für das Personal. Auch müsste eine neue EDV installiert werden. Insbesondere hätten aber die betroffenen Langzeitarbeitslosen deutlich mehr Aufwand, um SGB II-Leistungen rasch und verlässlich erhalten zu können.

Wir sind der Auffassung, dass die Vermittlung in Arbeit und Unterstützung für Langzeitarbeitslose weiterhin aus einer Hand möglich sein muss. Das funktioniert in den Jobcentern der Arbeitsgemeinschaften ebenso gut wie in den Optionskommunen. Daher sollte der Kompromiss der verfassungsrechtlichen Absicherung des Modells der Arbeitsgemeinschaft und des Optionsmodells weiterverfolgt werden.

Angesichts der steigenden Zahl der Arbeitslosen ist auch davon auszugehen, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen steigen wird. Damit werden auch die Kosten der Unterkunft, die überwiegend von den Kommunen zu finanzieren sind, noch weiter ansteigen. Diesen Kostensteigerungen überfordern die Kommunen und führen dazu, dass die ursprünglich vorgesehene Entlastung der Kommunen nicht erreicht wird. Daher muss die derzeitige Ermittlung der quotalen Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten rasch umgestellt werden; die tatsächlich den Kommunen entstehenden Kosten müssen zum Maßstab der Berechnung der Bundesbeteiligung werden.



Leo Gehlen
Fraktionsvorsitzender